

PRESSEMITTEILUNG

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Auswirkungen der Corona-Pandemie für psychiatrische und gerontopsychiatrische Patienten

SPD sieht Entwicklungen mit Sorge

Die Rathaus-SPD fordert einen Bericht zur aktuellen Situation der Menschen, die auf psychiatrische Behandlung angewiesen sind. Insbesondere möchte Antragstellerin und SPD-Stadträtin Elke Härtel wissen, welche Maßnahmen und Angebote erfolgen, um die bedarfsgerechte Weiterversorgung der Betroffenen während der Corona-Krise sicherzustellen.

Härtel erklärt dazu: „Psychiatrische Kliniken haben auf Anweisung der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung ihre stationären, ambulanten und teilstationären Einrichtungen heruntergefahren, um Kapazitäten für die Aufnahme von Covid-19-Erkrankten freizumachen. Leichte und mittelschwere Fälle werden nach Hause entlassen, um Platz für Corona-Infizierte zu schaffen. Lediglich Patienten mit schwereren psychischen Erkrankungen dürfen bleiben, zum Beispiel, wenn sie suizidgefährdet sind.“

Darin sieht Härtel ein Risiko, denn „Menschen, die psychisch bereits belastet sind, leiden besonders, denn die Umstände der Pandemie können seelische Erkrankungen verschlechtern. Depressionen können sich durch die soziale Isolation und Unsicherheit verstärken. Auch Panikstörungen wie die Angst vor großen Menschenmengen, hypochondrische Störungen – etwa die Furcht vor Krankheiten – sowie, Zwänge zum Beispiel zwanghaftes Händewaschen, werden durch die Corona-Pandemie befeuert“, so Härtel.

Es sei zu beobachten, dass der Bedarf an Psychotherapien und an kurzfristiger Beratung – der sogenannten Akuttherapie – derzeit zunehme, so Härtel. Sie warnt: „Die Wartelisten für Psychotherapien sind schon unter Normalbedingungen lang. Nun nehmen die meisten Praxen und Kliniken gar keine neuen Patienten auf – es sei denn, es sind dringende Notfälle. Hinzu kommt, dass viele der laufenden Therapien nicht fortgeführt werden: Patienten gingen nicht mehr aus dem Haus.“

Härtel berichtet auch, dass Patienten, bei denen die Fortsetzung der Therapie wegen COVID-19 verschoben werden musste, meist telefonisch weiterbetreut wurden. Darüber hinaus wurden Video-Sprechstunden und Online-Angebote zur Psychotherapie ausgeweitet. Inwieweit diese Maßnahmen angenommen wurden und ausreichend sind, möchte Härtel wissen und fordert deshalb einen Bericht im Gesundheitsausschuss des Stadtrats.

Nürnberg, 19. Mai 2020